

Wahlprüfsteine der FDP Main-Kinzig zur Landratswahl am 29. Januar 2023

Der Vorstand der FDP Main-Kinzig hatte nach interner Beratung beschlossen, keinen eigenen Kandidaten oder Kandidatin zur Landratswahl am Sonntag, den 29. Januar 2023 aufzustellen. Um aber sowohl den Mitgliedern der Freien Demokraten als auch generell den Bürgerinnen und Bürgern eine Unterstützung bei der Meinungsfindung zur Wahlentscheidung anzubieten, hat der geschäftsführende Vorstand des FDP Kreisverbands Wahlprüfsteine für die Bewerberin und den Bewerber für das Amt an der Kreisspitze formuliert, die den Kandidaten per Mail zur Beantwortung zugesendet wurden. Die Fragen an die Kandidatin und den Kandidaten bilden aus Sicht der Liberalen die aktuellen Schwerpunkte der Kreispolitik ab, von der Kindertagesbetreuung und Schulentwicklung, über die Förderung des Wirtschaftsstandorts, die Gesundheitsversorgung, Mobilität und Infrastruktur, Umwelt- und Naturschutz, Kultur- und Sportentwicklung, Digitalisierung, Sicherheit, Unterbringung und Integration von Geflüchteten und zur Kreisfreiheit Hanau. Die Antworten von Gabriele Stenger (CDU) und Thorsten Stolz (SPD) lesen Sie folgend. Teilweise wurden Fragen übergreifend beantwortet.

Kindertagesbetreuung und Bildung

Frühkindliche Bildung gilt als einer der wichtigsten Faktoren zur Sicherstellung der Chancengleichheit und als wichtiger erster Schritt für ein selbstbestimmtes Leben. In den kommenden Jahren wird der Betreuungsbedarf für Kinder im Alter von 0-6 Jahren steigen. Welche Maßnahmen planen Sie, um allen Familien, unabhängig von Familienstand und Berufstätigkeit, einen passenden und hochwertigen Betreuungsplatz anbieten zu können?

Antwort Gabriele Stenger	Antwort Thorsten Stolz
<p>Kinderbetreuung bleibt in erster Linie eine kommunale Aufgabe. Meine Grundposition ist es, die kommunale Selbstverwaltung auch im Verhältnis zwischen Kreis und Kommunen zu achten, das Subsidiaritätsprinzip zu gewährleisten und dirigistische Eingriffe minimal zu halten. Ziel ist es, die Kommunen dabei zu unterstützen, mehr Angebote vor Ort zu schaffen. Folgende konkrete Maßnahmen halte ich für sinnvoll:</p> <ul style="list-style-type: none">– Fachberatung und Ausbauberatung bzw. Prognoseeinschätzungen durch das Jugendamt aktiver anzubieten und die Kommunen ggf. auch stärker zu fordern, Angebote anzunehmen.– Gerade der Bereich der Kindertagespflege ist in vielen Kommunen noch nicht erschöpfend genutzt. Diese Potentiale müssen gehoben werden. Zahlreiche best-practice-Beispiele auch aus dem Main-Kinzig-Kreis habe ich identifiziert (Stichworte: Finanzielle Attraktivität, Multiplikatoren, verlässliche Vertretungsregelungen). Die Tagespflege hat auch eine unternehmerische	<p>Viele Eltern planen schon vor der Geburt ihres Kindes fest damit, eine Betreuungsmöglichkeit ab einem frühen Zeitpunkt zu erhalten. Diese Erwartung ist richtig und wird durch die Städte und Gemeinden durch Neu- und Ausbauprojekte bekräftigt. Der Main-Kinzig-Kreis unterstützt: sowohl fachlich über das Jugendamt als auch baurechtlich durch das Bauamt und letztlich sogar bei der Beratung über Förderprogramme und bei der Orientierung im Antragsdschungel, damit die Umsetzung unkompliziert verläuft und eine hohe Qualität gewährleistet ist. Der Main-Kinzig-Kreis gibt zudem für jeden Ausbau an Kapazitäten auch eigene Gelder aus dem Kreisausgleichsstock dazu. Die viel größere Herausforderung ist die Personalsuche. Der Main-Kinzig-Kreis hat in enger Kooperation mit den Berufsschulen die Erzieherinnen- und Erzieherausbildung attraktiver gemacht: mehr Plätze, mehr Wege in den Beruf, mehr Ausbildungs- und Anerkennungs-möglichkeiten für Quereinsteigende. Die Werbung für den Beruf durch gute Angebote zur Aus- und Weiterbildung und durch gezielte Ansprache von jungen Menschen sind die Wege zum Ziel. Aber um es noch einmal klar zu sagen: Die</p>

Wahlprüfsteine der FDP Main-Kinzig zur Landratswahl am 29. Januar 2023

<p>Komponente. Hier gilt es, potentielle Tagespflegepersonen zu ermutigen und ggf. auch finanziell stärker beim Anschub zu fördern.</p> <ul style="list-style-type: none"> – Die Praxisintegrierte Ausbildung bietet weiteres Potential, um mehr geeignete Erzieherinnen und Erzieher auszubilden. Hier möchte ich in Verbindung mit den Fachschulen das Angebot ausweiten und auch die Möglichkeiten des Quereinstiegs optimal ausnutzen. – Mit den Schulen des Kreises sollte über einen Schwerpunkttag zum Thema „Ausbildung in sozialen Berufen“ verhandelt werden, um junge Menschen stärker auf die entsprechenden Möglichkeiten hinzuweisen. Gleichzeitig muss aber auch klar sein, dass sich im Wettbewerb um junge Köpfe jeder anstrengen muss. – Das Projekt „Azubi-Campus“ möchte ich aktiv vorantreiben. Hier sollen attraktive Wohnplätze mit einem umfassenden Rahmenangebot für Auszubildende entstehen, um die Ausbildung im Kreis attraktiv zu machen und im Standortwettbewerb Pluspunkte für den Main-Kinzig-Kreis zu sammeln. Hier muss die komplette Bandbreite der sozialen Berufe intensiv eingebunden werden. 	<p>Aufgabe des Kita-Ausbaus liegt zuvorderst bei den Städten und Gemeinden – wir als Kreis unterstützen nach Kräften.</p> <p>Gerade bei der Betreuung von ganz jungen Kindern wünschen sich Eltern oft eine familienähnliche Umgebung. Hier wächst der Bereich der Kindertagespflege beständig, von 418 betreuten Kindern im Jahr 2018 auf aktuell rund 530 Kinder. Wir sind im Main-Kinzig-Kreis schon immer Vorreiter in diesem Bereich und haben durch ein nächstes Qualifizierungsniveau die Ausbildung und Qualität deutlich heraufgesetzt. Frühkindliche Betreuung ist gleich frühkindliche Bildung – und hier brauchen wir höchste Maßstäbe. Daran orientieren wir uns.</p>
--	--

Die Schülerzahlen werden in den kommenden Jahren insbesondere im westlichen Main-Kinzig-Kreis aufgrund der demographischen Entwicklung und der Kreisfreiheit Hanau zunehmen. Wie wollen Sie die wachsende Nachfrage nach Schulplätzen und insbesondere die Nachfrage nach klassischen Gymnasialplätzen decken? Welche Standorte sehen Sie als sinnvoll für Schulneubauten an?

<p>Antwort Gabriele Stenger</p> <p>Bei der Weiterentwicklung der Schulen gilt für mich, dass der Schüler- und Elternwille stets Vorrang hat. Nicht der Mensch muss sich dem System anpassen, sondern genau andersherum. Die Schaffung bedarfsgerechter Angebote bleibt weiterhin ein Thema. Da gerade im Westkreis der Wunsch nach Gymnasialplätzen an den Hanauer Gymnasien hoch ist, muss auch weiterhin eine Verständigung mit der Stadt Hanau erzielt werden. Der gefundene Kompromiss in Nidderau bietet gutes Potential, zumal erkennbar ist, dass er vor Ort breite Unterstützung findet. Sollte der Wunsch nach Gymnasialplätzen in der Zukunft neu aufkommen, muss mit allen Akteuren offen darüber gesprochen werden. Die Nennung einzelner Standorte im Wahlkampf halte ich nicht für klug. Besser ist es, Lösungen mit den Beteiligten vor Ort zu besprechen.</p>	<p>Antwort Thorsten Stolz</p> <p>Zunächst grundsätzlich: Sämtliche Baumaßnahmen an Schulstandorten orientieren sich an den Prognosezahlen für die nähere Zukunft. Darin einbezogen sind jeweils auch schon konkrete Neubaugebiete im Einzugsbereich, die eine entsprechende Nachfragesteigerung erwarten lassen. Damit wird der Schulträger auch der wachsenden Nachfrage gerecht. Mindestens 150 Millionen Euro werden wir in den nächsten fünf Jahren in Bildung und Schule investieren. Als verantwortlicher Finanzdezernent habe ich mich dafür eingesetzt, dass diese Rekordsumme in der Geschichte unseres Landkreises zur Verfügung gestellt wird. Dabei liegen die Schwerpunkte auf Sanierungen, Erweiterungsbauten, Neubau, Digitalisierung und dem weiteren Ganztagsausbau. Jeder Euro, den wir in Bildung und Schule</p>
--	--

Wahlprüfsteine der FDP Main-Kinzig zur Landratswahl am 29. Januar 2023

	<p>investieren, ist gut angelegtes Geld, denn wir investieren damit in die Zukunft unserer Kinder.</p> <p>Der Main-Kinzig-Kreis setzt im Westkreis zur Versorgung im gymnasialen Bereich auf drei Säulen. Ganz wesentlich ist die bereits laufende Planung zum Ausbau der Albert-Einstein-Schule in Maintal-Bischofsheim. Zum zweiten ist es für eine größere Zahl an Schülerinnen und Schüler möglich, Hanauer Schulen zu besuchen, ebenso wie, umgekehrt, auch die Hanauer Schülerschaft Einrichtungen des Kreises besuchen kann. Zum dritten ist es bald möglich, nicht nur über den Weg der Integrierten Gesamtschulen, sondern auch direkt in der neuen Oberstufe der Nidderauer Bertha-von-Suttner-Schule das Abitur anzustreben. Hierzu haben bereits die Planungen und Weichenstellungen begonnen. Bis zur Umsetzung sind massive Investitionen nötig, aber wir packen es an.</p>
--	---

Der Main-Kinzig-Kreis verliert nach dem Schulabschluss wegen einer fehlenden Hochschule zahlreiche junge Menschen an andere Regionen in Deutschland. Planen Sie ein Hochschulangebot im Main-Kinzig-Kreis, z.B. in Kooperation mit anderen Hochschulen, um ein attraktives Hochschulangebote zu ermöglichen? Wenn ja, welche Standorte, Lehrangebote und Kooperationen würden Sie verfolgen?

<p>Antwort Gabriele Stenger</p> <p>Zu viele junge Menschen verlassen nach ihrer Schulzeit den Main-Kinzig-Kreis, um anderswo zu studieren. Das dürfen wir nicht hinnehmen. Mein Anspruch ist es deshalb, ein wohnortnahes Studienangebot im Main-Kinzig-Kreis zu schaffen. Die Bildungspartner Main-Kinzig hatten bereits vor vielen Jahren eine Initiative gestartet, die dann leider nicht weiterverfolgt wurde. In einem ersten Schritt ist es sinnvoll, gemeinsam mit einer bestehenden Hochschule zu kooperieren und eine Dependance mit einem gezielten Angebot in unserer Region zu schaffen. Als Standort könnte hierfür Hanau in Betracht kommen. Zu einem attraktiven Hochschulstandort gehört neben der inhaltlichen Ausrichtung auch ein städtisches Wohn- und Freizeitumfeld mit einer guten Infrastruktur. Dies könnte Hanau gewährleisten. Wir sollten bei einem solchen Prestigeprojekt aber nicht die gleichen Fehler machen wie in der Vergangenheit (Bsp. Sommerbühne, Gesundheitsakademie etc.) und uns frühzeitig politisch auf einen Standort festlegen. Direkt zu Beginn meiner Amtszeit würde ich deshalb eine Standortanalyse erstellen lassen, um den geeignetsten Standort festlegen.</p>	<p>Antwort Thorsten Stolz</p> <p>Ich plane das nicht nur, sondern ich bin bereits einige Schritte weiter. Ich stehe in enger Abstimmung mit der Technischen Hochschule Mittelhessen, die einen Hochschulstandort bei uns einrichten würden. Aktuell läuft in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer Gelnhausen-Schlüchtern eine Abfrage unter den Unternehmen der Region. Wenn genügend Behörden und Firmen aus Industrie und Handwerk mitmachen, dann können wir in naher Zukunft eine Hochschulausbildung im Rahmen von StudiumPlus beginnen. Einen Standort in Langenselbold hätten wir dazu bereits sicher. Als Fachrichtungen sind Betriebswirtschaft, Ingenieurwesen/Maschinenbau, Ingenieurwesen/Elektrotechnik, Wirtschaftsingenieurwesen, Bauingenieurwesen und Softwaretechnologie (Bachelor) sowie Prozessmanagement, Systems Engineering, Technischer Vertrieb und Future Skills und Innovation (Master) geplant. Aber noch einmal: Die Behörden und Unternehmen der freien Wirtschaft müssen mitziehen und das unterstützen, was sie selbst seit längerer Zeit schon gerne hätten und was ein großartiges Projekt für die Zukunft des Bildungsstandorts Main-Kinzig ist.</p>
---	--

Wahlprüfsteine der FDP Main-Kinzig zur Landratswahl am 29. Januar 2023

<p>Angesichts unserer großen ansässigen Unternehmen könnte der Bereich der Materialtechnik einen Schwerpunkt des Hochschulangebots darstellen.</p>	<p>Ziel ist für mich neben der Etablierung einer Außenstelle einer Hochschule in unserem Landkreis auch der Aufbau eines Ausbildungscampus zur Stärkung der dualen Ausbildung in den Betrieben in der Region und zur Bindung von Fachkräften. Die ersten Vorgespräche habe ich im Sommer vergangenen Jahres bereits geführt und erste Planungen haben innerhalb der Kreisverwaltung auch bereits begonnen.</p>
--	--

Gesundheitsversorgung

<p>Die hausärztliche Versorgung im Main-Kinzig-Kreis, insbesondere im östlichen Main-Kinzig-Kreis, ist schon heute sehr angespannt. Es ist damit zu rechnen, dass in den kommenden Jahren zahlreiche weitere Praxen schließen werden und die Nachfrage nach Hausärzten aufgrund der demographischen Entwicklung steigt. Welche Maßnahmen planen Sie, um weiterhin eine hochwertige flächendeckende Hausarztversorgung zu gewährleisten?</p>	
<p>Antwort Gabriele Stenger</p> <p>Der Main-Kinzig-Kreis sollte die sich ihm bietenden Möglichkeiten nutzen und die Kommunen bei der Lösung der Ärztefrage aktiv begleiten, wo es gewünscht ist. Zahlreiche Kommunen haben sich bereits auf den Weg gemacht, bzw. für sich passende Antworten gefunden, auch um im Standortwettbewerb attraktiv zu sein (z.B. Gründau, Bruchköbel, Großkrotzenburg, Langenselbold). Es gilt, die Megatrends bei der Planung aufzugreifen, d.h., Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Kooperation, optimiertes Bürokratie-Management und Realitäten anzuerkennen. Marktwirtschaftliche Ansätze sind dabei als Teil der Lösung anzusehen und zu unterstützen. In der Bildung weiterer Ärztezentren sehe ich Potential. Gleichzeitig erarbeitet der Kreis gerade Datenmaterial, um gezielt mit den Kommunen ins Gespräch zu gehen. Auch die Main-Kinzig-Kliniken können ihre Expertise gerade im Bereich der Fachärzteversorgung einbringen. Gleichzeitig gilt es auf Bundesebene, bestehende starre Grenzen in den Arztbezirken lebensnäher auszugestalten (aktuell z.B. ein Problem im Bereich Gelnhausen).</p>	<p>Antwort Thorsten Stolz</p> <p>Auch wenn das allgemein immer so benannt wird: Die hausärztliche Versorgung ist nicht nur im östlichen Teil unseres Kreises eine Herausforderung. Wir haben im Main-Kinzig-Kreis eine grundlegende Analyse der medizinischen Versorgungsstruktur angestellt und genau das bestätigt bekommen: Nicht nur in den Dörfern im Spessart sondern durchaus auch in der Kreismitte und im Westkreis ist die Nachfolgefrage in den Arztpraxen ein Riesenthema. Wir haben also den wichtigen ersten Schritt getan und kennen die Problemlage ziemlich genau, nicht zuletzt auch durch zahlreiche Einzelinterviews, die mit der Medizinerschaft geführt wurden. Wir arbeiten seit Jahren auch schon an den Lösungen, und das werden wir auf Basis der Analyse noch vertiefter tun. Dazu wurde in der Kreisverwaltung eine Koordinierungsstelle geschaffen, die ganz aktiv den Verwaltungen und den Ärztinnen und Ärzten bei der Frage der Nachfolge in Praxen zur Seite steht. Hier findet die Vernetzung statt mit der Kassenärztlichen Vereinigung, mit dem Bereich Rettungsdienst, mit den Krankenkassen und einigen mehr. Denn eines ist auch klar: Erfolgreich wird die Frage der hausärztlichen Versorgung nicht mit einem Rezept für alle beantwortet, sondern höchstindividuell. Wenn man sich anschaut, wie die Kommunen Biebergemünd, Bad Orb, Jossgrund und Flörsbachtal gerade ihre Kooperation, initiiert und unterstützt durch den Kreis, ausgestalten, dann erkennt man das sehr gut.</p>

Wahlprüfsteine der FDP Main-Kinzig zur Landratswahl am 29. Januar 2023

	<p>Ich möchte auch das Förderprogramm für die ärztliche Versorgung ansprechen, das landesweit ein Vorzeigemodell ist. Ich habe mich für ein solches eingesetzt. Darüber sind schon 50 Maßnahmen in den Städten und Gemeinden gefördert worden. Eine hochwertige flächendeckende Hausarztversorgung erreicht man nur durch Vernetzung, Kooperation und den ganz individuellen Blick auf die jeweilige Situation vor Ort.</p>
--	---

Viele Krankenhäuser sind durch die Struktur der Krankenhausfinanzierung und die COVID-Pandemie in finanzielle Schieflage geraten. Auf der anderen Seite stellt der wachsende Fachkräftemangel in medizinischen Berufen ein wachsendes Problem für Kliniken dar. Welche Maßnahmen planen Sie, um dem Fachkräftemangel zu begegnen und die finanzielle Stabilität der Kliniken zu sichern, um die Unterstützung der kommunalen Kliniken durch den Main-Kinzig-Kreis möglichst gering zu halten?

Antwort Gabriele Stenger	Antwort Thorsten Stolz
<p>Die finanzielle Stabilität der Kliniken ist wichtig. Die aktuell einsetzende Schieflage ist hochgradig bedenklich. Es ist ärgerlich, dass der aus meiner Sicht richtige Ansatz, das Eigenkapital der Kliniken zu stärken, durch übergeordnete politische Rahmenbedingungen konterkariert wird. Solides wirtschaftliches Arbeiten darf nicht bestraft werden. Zur Überwindung aktuell zu erwartender Defizite bei den laufenden Kosten kann es nur übergeordnete Lösungen geben durch eine finanzielle Unterstützung durch den Bund. Eine Lösung rein aus der Kraft des Kreises ist aus meiner Sicht illusorisch. Gleichzeitig bietet der aus Berlin aufgezeigte Weg der stärkeren Kooperation der Kliniken im Rahmen des Krankenhausbedarfsplans einen Weg, schlankere Strukturen, eine stärkere Konsolidierung der Angebote und eine Steigerung der Fallzahlen bei bestehenden Angeboten zu erreichen. Es wird die Aufgabe der kommenden Jahre werden, diesen Prozess –der in der Hauptsache von Fachleuten und nicht politisch gesteuert werden darf – zu moderieren und dabei das Ziel einer flächendeckenden Versorgung im Main-Kinzig-Kreis nicht zu gefährden.</p> <p>Bei der Gewinnung von Personal verweise ich auf die bereits ausgeführten Ansätze (Infotag an Schulen, Azubi-Campus). Sinnvoll wäre, wenn die Kliniken und die APZ als Arbeitgeber noch intensiver um junge Menschen werben und dabei ggf. auch Geld in die Hand nehmen. Im Bereich der Ärzteausbildung könnte ich mir eine noch stärkere Kooperation mit den Universitäten vorstellen. Umliegende Landkreise (Fulda, Vogelsberg, Hersfeld-Rotenburg) haben hier interessante Ansätze, die ich</p>	<p>Ich bin der Meinung, dass Krankenhäuser zur öffentlichen Daseinsfürsorge gehören. Sie müssen hochprofessionell und auf dem neuesten Stand der Medizintechnik arbeiten. Das ist dank unserer Investitionsprogramme absolut gewährleistet. Der Trend zur Spezialisierung macht zwar auch vor den Main-Kinzig-Kliniken nicht Halt, die aufgrund ihrer beiden Häuser neben der Grundversorgung sowohl in Gelnhausen als auch in Schlüchtern einen besonderen, spezielleren Fokus auf seltenere beziehungsweise aufwändigere Eingriffe legen können. Aber sie bleiben erhalten, und dafür kämpfe ich an der Seite der Klinikbeschäftigten wie auch der Bürgerinnen und Bürger. Wir haben unter anderem die Eigenkapitalquote sehr deutlich erhöht. Wo die Kliniken aber finanziell auszubluten drohen wie im Moment, können sich eine Bundes- und Landesregierung nicht wegducken. Die Zukunft der Krankenhäuser ist nicht nur eine kommunale Angelegenheit, sondern eine deutschlandweite und für unser Land wesentliche. Das betrifft letztlich auch die personelle Ausstattung und beginnt bei der Ausbildung. Wir brauchen eine angemessene Vergütung und humane Arbeitsbedingungen, und das sage ich mit besonderer Betonung nach zwei Jahren Pandemie, in denen die Beschäftigten teils hart an ihren Limits unterwegs waren.</p> <p>Mit der Gründung einer Akademie für Gesundheit und Pflege schaffen wir zudem eine moderne und innovative Ausbildungseinrichtung, um den dringend benötigten Nachwuchs in Pflege-, Medizin- und Gesundheitsberufen auszubilden und zu qualifizieren. Damit schaffen wir die Grundlage für die Bindung von Fachkräften und die Sicherung der medizinischen und pflegerischen Versorgung in der Region.</p>

Wahlprüfsteine der FDP Main-Kinzig zur Landratswahl am 29. Januar 2023

<p>aufgreifen würde. Die bislang bereits praktizierte Werbung geeigneter Kräfte aus dem Ausland würde ich weiterverfolgen.</p>	<p>Wo all das nicht ausreicht, müssen wir noch stärker als bisher Anwerbeoffensiven unter ausländischen Medizinerinnen und Medizinern starten. Das geschieht im Übrigen auch schon und trägt Früchte.</p>
--	---

Probleme im stationären und insbesondere im ambulanten Bereich werden immer mehr auf die Straße, also in die Rettungseinsatzwagen, verlagert. Dies schlägt sich in einer extrem hohen Auslastung und ständig steigenden Einsatzzahlen nieder. In Kombination mit dem auch hier herrschenden Fachkräftemangel wird es zu einem immer größeren Problem. Langfristig wird dies zu einer Gefährdung der Versorgung führen. Was planen Sie hier zu tun, um dem Negativtrend entgegenzuwirken?

Antwort Gabriele Stenger	Antwort Thorsten Stolz
<p>Wir brauchen eine Strategie, um der steigenden Belastung im Bereich der Notrufeinsätze entgegenzuwirken. Die Gründe für steigende Zahlen sind vielfältig: Menschen greifen heute viel früher zum Hörer und wählen den Notruf als das in der Vergangenheit der Fall war. Hinzu kommt in einigen Bereichen eine mangelnde ärztliche Versorgung. Dies kann dazu führen, dass frühzeitige Prävention und Intervention ausbleiben und irgendwann der Rettungswageneinsatz erforderlich ist. Durch eine gute ambulante Versorgung in den Kommunen und eine Reform der Notfallstrukturen will ich dem Negativtrend entgegenwirken. Um gezielte Maßnahmen für den Main-Kinzig-Kreis entwickeln, werde ich Experten, Vertreter der Notfall- und Rettungsdiensten sowie der Krankenhäuser zu einer Konferenz einladen und dort einen Maßnahmenkatalog erarbeiten.</p>	<p>Ich möchte eines festhalten: Wir haben einen gesetzlichen Auftrag und ich sehe es auch als Verpflichtung an, dass jeder eine rettungsdienstliche Unterstützung erhält und jeder einen Notarzt an seine Seite bekommt, wenn er in Not ist. Auf die steigenden Einsatzzahlen reagieren wir als Kreis daher so, dass es keine Versorgungsengpässe gibt. Also: Mehr Rettungswachen, mehr Mannschaften, mehr Einsatzzeiten. Hinzu kommt mehr Digitalisierung, um den Einsatzkräften Fahrtzeiten und Bürokratie zu ersparen. Ich nenne mal als ein Stichwort den Telenotarzt.</p> <p>Die steigende Zahl der Einsätze hat aber in der Tat nicht nur etwas mit unserem enormen Bevölkerungszuwachs zu tun, sondern auch mit geänderten medizinischen Versorgungslagen. Kurz gesagt: Wenn der nächste Hausarzt oder Kinderarzt zig Kilometer entfernt und noch dazu überlastet ist, dann rufen die Menschen vermehrt die 112 an, eben auch bei eher milden Fällen.</p> <p>Daher ist es umso wichtiger, dass wir ausreichend viele wohnortnahe Haus- und Facharztpraxen haben und dass die ärztlichen Bereitschaftsdienste erreichbar sind. Die Lösung liegt also nicht alleine in einem fortwährenden Mehr an Rettungsdienstkapazitäten, sondern auch in Aufklärung, Vernetzung und einem politischen Eintreten für eine starke medizinische Struktur.</p>

Wahlprüfsteine der FDP Main-Kinzig zur Landratswahl am 29. Januar 2023

Haushalt, Finanzen und Wirtschaft

Zuletzt gab es eine große Kontroverse um die Kreisumlage. Obwohl viele Kommunen finanziell massiv unter Druck stehen, wurde die angekündigte Reduzierung der Kreisumlage wieder zurückgenommen. Auf der anderen Seite wurde die Kreisumlage im vergangenen Jahr erhöht, mit der Ankündigung, sie in diesem Jahr wieder zu senken. Wie wollen Sie einen langfristigen und planungssicheren Kreishaushalt sicherstellen? Was planen Sie, um die Kommunen nachhaltig finanziell zu entlasten?

Antwort Gabriele Stenger

Zur Finanzierung des Kreishaushaltes wird in einem letzten Schritt die jeweils für ein Haushaltsjahr gültige Kreisumlage anhand des Finanzbedarfs festgelegt. Aufgrund der insgesamt stark gestiegenen Gewerbesteuererinnahmen landesweit wurde bei der ersten Prognose davon ausgegangen, dass der Kreishaushalt hiervon profitiert und eine Reduzierung der Kreisumlage möglich ist. Im Laufe der letzten Monate wurden insbesondere in Folge der Inflation, Energiepreiserhöhung und den Mehrbelastungen durch die Flüchtlingssituation diese Spielräume aufgezehrt. Damit musste die angestrebte Reduzierung der Kreisumlage zurückgenommen werden. Langfristig muss es allerdings das Ziel sein, die Aufgaben und Personalstruktur des Landkreises genauer unter die Lupe zu nehmen. Gerade mit Blick auf die anstehende Kreisfreiheit Hanau muss eine konsequente Restrukturierung der Aufgaben und damit einhergehend auch eine finanzielle Entlastung angestrebt werden. Es ist nicht akzeptabel, dass Personal und Strukturen unverändert bleiben, aber mit Hanau ein wesentlicher Kreisumlagenzahler wegfällt. Dabei muss klar sein, dass die Höhe der Kreisumlage für die Kommunen eine wesentliche Ausgabeposition ist, weshalb sie so wirtschaftlich wie möglich gestaltet werden muss, um den Kommunen ihrerseits Spielräume für die kommunale Daseinsvorsorge, oder auch die durch Inflation, Tarifsteigerungen oder steigenden Energiepreisen anstehenden Mehrbelastungen schultern zu können.

Antwort Thorsten Stolz

Die Kommunen wurden bereits seit dem ich Landrat und Finanzdezernent bin nachhaltig entlastet. Zur Wahrheit gehört hier nämlich, dass die beabsichtigte Senkung der Kreisumlage um 0,5 Punkte durch veränderte Rahmenbedingungen zwar nicht umgesetzt werden konnte, aber die Höhe der Kreisumlage mit insgesamt 34,27 Punkten in 2023 im Vergleich zu 36,97 in 2017 insgesamt 2,7 Punkte niedriger liegt. Das bedeutet, dass es in den zurückliegenden Jahren auch eine entsprechende Entlastung der Städte und Gemeinden gab. Die Senkung der Kreisumlage war allerdings auch kein Geschenk an die Städte und Gemeinden, sondern aufgrund der insgesamt guten Entwicklung aus meiner ganz persönlichen Sicht eine Notwendigkeit, da wir als Landkreis in Teilen eine umlagefinanzierte Gebietskörperschaft sind.

Aktuell sehe ich allerdings seriös keine Möglichkeit einer weiteren Senkung der Kreis- und Schulumlage, was einerseits damit zusammenhängt, dass die finanziellen Rahmenbedingungen andere sind als in den zurückliegenden Jahren und gleichzeitig aber immer mehr Aufgaben auf die Kreise, Städte und Gemeinden übertragen werden. Zudem haben wir Herausforderungen und Zukunftsthemen, die wir voranbringen und für die Menschen gestalten müssen: Krankenhausfinanzierung, Digitalisierung, hohe Schulinvestitionen, Erhalt Infrastruktur. All das sind Punkte, die es notwendig machen, dass der Landkreis investiert und über gewisse eigene finanzielle Handlungsspielräume verfügt.

Insgesamt kann die aktuelle Haushalts- und Finanzsituation unseres Landkreises als solide und geordnet bezeichnet werden. Wenn ich davon spreche, dass unsere Finanzsituation geordnet und solide ist, meine ich damit auch, dass wir in den zurückliegenden Jahren die Gesamtverschuldung des Main-Kinzig-Kreises kontinuierlich nach unten gefahren haben. Dazu gehört, dass wir die Entschuldungsprogramme wie den kommunalen Schutzschirm und die Hessenkasse

Wahlprüfsteine der FDP Main-Kinzig zur Landratswahl am 29. Januar 2023

	<p>beansprucht haben, aber wir haben auch Haushaltsüberschüsse dazu genutzt, um Altdefizite abzubauen und die Verschuldung zu reduzieren.</p> <p>So beträgt die aktuelle Gesamtverschuldung des Main-Kinzig-Kreises rund 261 Mio. Euro. Und damit genau 391 Mio. Euro weniger als noch im Jahr 2012, damals lag die Gesamtverschuldung bei insgesamt 652 Mio. Euro. Diese positive Entwicklung aus den zurückliegenden Jahren versetzt uns jetzt in die Lage, in die Zukunft zu investieren, weil wir uns durch einen starken Abbau der Verschuldung die Luft dafür verschafft haben. Und diese Luft nutzen wir, um bewusst in Zukunftsthemen zu investieren (hier geht es tatsächlich um Investitionen und nicht um Erhöhung der Konsumausgaben).</p> <p>Diese Themen sind schwerpunktmäßig:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bildung und Schule - Glasfaserausbau - Stärkung der pflegerischen und medizinischen Versorgung - Stärkung der Main-Kinzig-Kliniken - Brand- und Katastrophenschutz - Digitalisierung der Verwaltung <p>Die Herausforderung wird künftig sein, den Spagat hinzukriegen, nämlich einerseits die Ausgabenseite im Blick zu haben und gleichzeitig aber auch die notwendigen Zukunftsinvestitionen umzusetzen. Bisläng ist uns das gut gelungen.</p>
--	--

<p>Nicht zuletzt durch die gestiegenen Energiepreise sind auch die Kosten der kommunalen Daseinsvorsorge gestiegen. Wie planen Sie diese Kostensteigerungen zu kompensieren?</p>	
<p>Antwort Gabriele Stenger</p>	<p>Antwort Thorsten Stolz</p> <p>Ich nehme an, dass mit dieser Frage die Infrastruktur-Kosten für die Verwaltungsbereiche gemeint sind. Wir haben im vergangenen Jahr für alle Bereiche der Verwaltungen klare Handlungsempfehlungen herausgegeben, um Energie zu sparen. Wir haben die Temperatur in den Sporthallen heruntergeregelt. Das wird nur einen Teil der Kostenanstiege kompensieren. Wir haben daher im neuen Haushalt auch mehr Geld für die Gebäudenutzung eingestellt.</p>

Wahlprüfsteine der FDP Main-Kinzig zur Landratswahl am 29. Januar 2023

Die Nachfrage nach kleineren Gewerbeflächen, z.B. für Handwerksbetriebe, ist in den letzten Jahren gestiegen, gleichzeitig werden neue Gewerbegebiete nur sehr zurückhaltend entwickelt. Durch welche Maßnahmen planen Sie, die Nachfrage nach Gewerbeflächen zu bedienen?

Antwort Gabriele Stenger	Antwort Thorsten Stolz
<p>Hinsichtlich der Ansiedlungspolitik muss sich der Main-Kinzig-Kreis als eine One-Stop- Agency verstehen. Da der Kreis keine eigenen Gewerbeflächen zur Vermarktung hat, steht der Support für Interessenten, über die Beratung, Grundstücksfindung bis zur Baugenehmigung im Vordergrund. Die Ausweisung von gewerblichen Flächen liegt in den Händen der Kommunen. Der Main-Kinzig-Kreis muss in diesem Zusammenhang für eine hervorragende Infrastruktur sorgen. Das beinhaltet insbesondere Mobilität und Digitalisierung. Diese harten Standortbedingungen müssen kombiniert werden mit einem umfassenden Angebot an schulischen, aber auch universitären Bildungsgängen, bezahlbaren Wohnraumangeboten und vor allem einer guten Bildungs- und Betreuungslandschaft zur Vereinbarung von Familie und Beruf.</p>	<p>Wir unterstützen die Städte und Gemeinden bei der Ausweitung und Vermarktung der Gewerbeflächen, aber die Planungshoheit liegt bei den Kommunen. Möglicherweise gibt es noch Konversionsflächen, etwa auch brachliegende Industrieflächen, die die Kommunen stärker in ihre Überlegungen einbeziehen und aktivieren können. Hier unterstützen wir selbstverständlich kreisseitig ebenfalls. Die überregionale, gemeinsame Vermarktung von Gewerbeflächen ist aus meiner Sicht das A und O. Indem wir als Main-Kinzig-Kreis Mitglied in Verbänden wie FrankfurtRheinMain sind, werben wir aktiv in Europa, Asien und anderen Teilen der Welt für unseren Wirtschaftsstandort und für die Entwicklungsmöglichkeiten in unseren Gemarkungen. Die Gewerbegebiete werden bei uns digitalisiert und sind gut verkehrlich erreichbar. Das sind die harten Faktoren, neben einer ganzen Reihe von weichen.</p>

Der Landkreis und die Kommunen sind gefordert, Unternehmen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzusiedeln und an ihrem Standort zu halten. Welche Anreize wollen Sie schaffen, dass sich mehr Unternehmen im Main-Kinzig-Kreis ansiedeln?

Antwort Gabriele Stenger	Antwort Thorsten Stolz
	<p>Ein guter Weg ist, wie in der Frage zuvor beantwortet, die gemeinsame überregionale Vermarktung. Wir bieten sowohl den ansässigen Unternehmen als auch neuen Firmen und Start-ups gute Entwicklungsmöglichkeiten. Hinzukommt ein gemeinsamer Zukunftsfonds, den wir mit der Stadt Hanau auflegen und mit dem wir Innovationen und Initiativen in Zukunftsbranchen fördernd investieren wollen. Für die potentiellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich dann ebenfalls in unserer Region niederlassen, arbeiten wir seit Jahren die Vorteile und schönen Seiten des Spessart heraus. Die Industrie- und Handelskammer Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern ist nicht umsonst Mitgesellschafterin unserer Spessart Tourismus und Marketing GmbH. Denn von der Attraktivität der Region als Lebensbereich hängt auch die Entscheidung von Fachkräften ab, ob sie sich hier niederlassen, neben</p>

Wahlprüfsteine der FDP Main-Kinzig zur Landratswahl am 29. Januar 2023

	anderen Gesichtspunkten wie Kinderbetreuung, Nahversorgung und Internetverbindungen.
--	--

Verkehr, Mobilität und Infrastruktur

Welche Maßnahmen planen Sie, um den steigenden Mobilitätsbedarf im Hinblick auf Gleichbehandlung der Mobilitätsformen von Mobilem Individualverkehr, ÖPNV, Fernbahnverkehr, Fahrrad und Fußgängern gerecht zu werden?

Antwort Gabriele Stenger	Antwort Thorsten Stolz
<p>In einem Flächenkreis wie dem Main-Kinzig-Kreis erfordern künftige Mobilitätsangebote eine differenzierte Vorgehensweise. So sind die Ansprüche in den ländlichen Teilen des Kreises andere als in den Verdichtungsräumen des Landkreises. Generell besteht das Ziel, für eine verbesserte Verknüpfung der unterschiedlichen Verkehrsträger im MIV, ÖPNV und der Nahmobilität zu sorgen. Aus diesem Grund sollen weitere Anstrengungen und finanzielle Mittel für die Ausgestaltung der Mobilitäts- und Verknüpfungspunkte zur Verfügung gestellt werden. Auch die Angebotsdichte in den ländlichen Räumen durch den Nahverkehr muss ausgebaut und gegebenenfalls auch mit neuen Angeboten, wie Bürgerbusse oder Ähnliches, sichergestellt werden.</p>	<p>Die 2020er und 2030er Jahre werden für den Main-Kinzig-Kreis die Jahrzehnte der Verkehrsinfrastruktur. Ich erinnere hier an den bereits begonnenen Bau des dritten bzw. vierten Gleises zwischen Hanau und Gelnhausen, die Planungen für den Bau der Nordmainischen S-Bahn, den dringend notwendigen Ausbau der Niddertalbahn und den Aus- bzw. Neubau der Kinzigtalbahn in Richtung Fulda. Mit der Umsetzung dieser Projekte geht es auch um eine barrierefreie Gestaltung der Bahnhöfe, einen verbesserten Lärmschutz, eine höhere Taktung im Nahverkehr und somit eine bessere Anbindung an die Rhein-Main-Region sowie eine verbesserte Anbindung an den Fernverkehr. Es geht darum, den Schienenverkehr zukunftsfähig zu machen und den Standort Main-Kinzig insgesamt zu stärken.</p> <p>Der neue Nahverkehrsplan für den Kreis wiederum fußt ganz wesentlich auf dem Nahverkehrskonzept, das im vergangenen Jahr fertiggestellt worden ist. Daran mitgearbeitet haben unsere KreisVerkehrsGesellschaft ebenso wie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Radfahrende, Buspendler und Bahnreisende. Vielerlei Aspekte und Hinweise sind vorgetragen und diskutiert worden. Wir haben im Ergebnis einen Leitfaden, an dem wir uns für den Nahverkehrsplan gut orientieren können und werden. Die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger werden darin nachhaltig Widerhall finden und den unterschiedlichen Interessen Rechnung tragen.</p> <p>Der Schienenausbau wie auch die Maßnahmen an Wegen und Verbindungslinien werden die Hauptverbindungsstraßen bedeutend entlasten.</p>

Wahlprüfsteine der FDP Main-Kinzig zur Landratswahl am 29. Januar 2023

Welche Maßnahmen planen Sie zum Lückenschluss der Radwegenetze?	
<p>Antwort Gabriele Stenger</p> <p>Im vergangenen Jahr wurde das Radwegekonzept für den Main-Kinzig-Kreis erarbeitet und vorgestellt. Hier kommt dem Main-Kinzig-Kreis die Rolle des Koordinators zu. Das bedeutet, dass zur Umsetzung von neuen oder dem Ausbau von Radverkehrsstrecken umfangreiche Bundes- und Landesmittel eingeworben werden müssen und gemeinsam mit den Kommunen Baurecht zu schaffen ist. Hinsichtlich der veränderten Arbeitswelt durch Dezentralisierung und Nutzung von Homeoffice-Angeboten steigt die Attraktivität des ländlichen Raums. Grundlage dafür ist eine ausreichende Glasfaseranbindung. Der Main-Kinzig-Kreis wird als Pilot-Landkreis in den nächsten Jahren rund 200 Millionen Euro in den Ausbau investieren. Bereits heute nimmt der Main-Kinzig-Kreis eine Spitzenposition ein. Diese Position muss weiter ausgebaut und bestehende Lücken geschlossen werden.</p>	<p>Antwort Thorsten Stolz</p> <p>Wir haben mit einem fundierten Radwegekonzept die Stärken wie auch die Schwächen unseres Radwegenetzes vorliegen. Wir haben es auch den Städten und Gemeinden zur Verfügung gestellt, denn die Straßen gehören ja eben nicht alleine dem Main-Kinzig-Kreis, sondern sind teils gemeindliche Straßen, teils Abschnitte in Landesbesitz. Wichtig ist, erstens, die gemarkungsübergreifende Koordination: Wir wollen ja gerade die stärkere überörtliche Verbindung auf dem Rad stärken. Wichtig ist, zweitens, die forcierte Planung: Wir werden einen Radverkehrsbeauftragten einstellen, der die vielen Aufträge und Projekte abarbeitet, die aus dem Radverkehrskonzept hervorgehen, und der unterstützend dort hilft, wo der Kreis selbst nicht der Baulastträger ist. Wichtig ist, drittens, die vernunftbetonte Planung: Wenn die Erneuerung einer Kreisstraße ansteht, dann bauen wir selbstverständlich parallel dazu auch den Radweg aus. Wir können und werden auch Maßnahmen vorziehen, wo es uns finanziell möglich ist. Dazu habe ich 1 Mio. Euro zusätzlich in den neuen Haushalt eingestellt. Aber es werden nicht alle Baumaßnahmen zur gleichen Zeit anzustoßen sein.</p>

Die Pandemie hat zu Dezentralisierung und Home-Office-Angeboten bei vielen Unternehmen geführt. Die Arbeit im Home-Office scheitert aber häufig an der fehlenden Glasfaseranbindung; wie wollen Sie eine kreisweite Abdeckung mit schnellem Internet sicherstellen?	
<p>Antwort Gabriele Stenger</p> <p>Gerade in den ländlichen Gebieten unseres Kreises eröffnet die Digitalisierung neue Chancen der Wertschöpfung, schafft und sichert neue Arbeitsplätze. Die Corona-Krise hat uns gezeigt, wie sehr die moderne Arbeitswelt auf digitale Grundlagen angewiesen ist. Der Main-Kinzig-Kreis nimmt derzeit im Bereich der digitalen Infrastruktur bundesweit eine Vorreiterrolle ein. Darauf dürfen wir uns nicht ausruhen, sondern müssen die Digitalisierung unseres Kreises konsequent vorantreiben. Ich setze mich daher für die folgenden Maßnahmen ein:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Mit dem flächendeckenden Ausbau des FTTH-Netzes läuft derzeit das größte Infrastrukturprojekt des Main-Kinzig-Kreises in seiner Geschichte. Wir investieren über 200 Millionen Euro in ein neues Glasfasernetz. Damit machen 	<p>Antwort Thorsten Stolz</p> <p>Der Main-Kinzig-Kreis nimmt heute schon in Sachen Digitalisierung eine Vorreiterrolle ein. Unsere kreiseigene Breitbandgesellschaft hat hierfür eine wichtige Grundlage geschaffen. Darauf haben wir uns aber nicht ausgeruht und tun dies auch künftig nicht. Neben dem voranschreitenden Glasfaserausbau in den rund 120 Gewerbegebieten haben wir auch den FTTH-Ausbau, also Glasfaser bis ins Haus, im privaten Bereich begonnen. Hier investieren wir bis 2026 rund 200 Millionen Euro in den Glasfaserausbau in unseren Städten und Gemeinden und machen den Main-Kinzig-Kreis als Wohn- und Wirtschaftsstandort fit für die Zukunft.</p>

Wahlprüfsteine der FDP Main-Kinzig zur Landratswahl am 29. Januar 2023

<p>wir unseren Landkreis fit für die Zukunft! Dieses Projekt will ich erfolgreich zu Ende führen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einzelne Städte und Gemeinden haben sich bereits auf den Weg gemacht „Smart Cities“ zu werden. Die bestehenden Smart-City Elemente sollen im Rahmen einer Strategie für einen smarten Kreis in einem einheitlichen digitalen Ökosystem kreisweit vernetzt werden. Durch einen offenen Innovationsprozess, an dem neben der Forschung auch die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden sollen, bündeln wir Kompetenzen aus unterschiedlichen Bereichen und maximieren das Potenzial für unseren smarten Main-Kinzig-Kreis. - Unsere Kreisverwaltung muss endlich digitalisiert werden. Durch das OnlineZugangsgesetz wurden erste digitale Anträge für die Bürgerinnen und Bürger eingeführt, wenn der Antrag dann jedoch innerhalb der Behörde ausgedruckt und abgeheftet werden muss, ist damit noch nicht viel gewonnen. Es muss ein Kulturwandel in unsere Verwaltung einkehren und ein solcher muss von der Landrätin ausgehen. Mein Ziel ist klar: Zukunftsfähige Digitalisierung statt eingestaubter Aktenschränke - Neben dem weiteren Ausbau der LoRaWaN-Technologie will ich den Zugang auch für Privatpersonen und heimische Unternehmen eröffnen. Dadurch kann LoRaWaN zum Beispiel im Bereich des Smart Homes und der Landwirtschaft 4.0 eingesetzt werden. Landwirte können sodann mit einem Klick die aktuellen Bodenwerte ihrer Felder einsehen. Dabei handelt es sich um eine Schlüsseltechnologie für unseren smarten Kreis. 	<p>Also: Wo wir mit der Breitband Main-Kinzig als Akteur ausbauen dürfen, bauen wir aus. Und umgekehrt wollen wir es mal Glück nennen, dass immer mehr Telekommunikationsunternehmen aus der freien Wirtschaft nun auch die Kommunen des Main-Kinzig-Kreises für sich entdecken und hier einen Ausbau umsetzen wollen. Ist das der Fall, ist die öffentliche Hand und somit die Breitband Main-Kinzig raus. Ich würde mir wünschen, dass die anderen Unternehmen hinter ihren Ausbauplänen genauso entschlossen stehen und für eine schnellstmögliche Anbindung im angekündigten Zeitraum sorgen, wie die kreiseigene Breitband-Gesellschaft. Das ist, vorsichtig formuliert, mitunter nicht gelungen. Die Handlungsspielräume sind dann für die kommunale Ebene und den Kreis aber offen gestanden eher gering, um hier einzuspringen. Ich werde mich mit Unterstützung der heimischen Bundes- und Landtagsabgeordneten – und sicher mit Unterstützung der betroffenen Rathäuser im Kreis – dafür stark machen, dass es den Kommunen leichter gemacht wird, offensichtliche Schlechtleistungen vergaberechtlich leichter zu ahnden und einen Ausbau möglicherweise auch neu zu vergeben.</p>
--	---

Umwelt- und Naturschutz

<p>Die trockeneren Sommer und geringer Niederschlag haben dem Waldbestand in ländlichen Regionen und dem Baumbestand in den Städten massiv zugesetzt. Welche Maßnahmen planen Sie, um Wald- und Baumbestände durch Erhöhung der Resilienz gegen klimatische Veränderungen zu schützen?</p>	
<p>Antwort Gabriele Stenger</p> <p>Die Bewahrung unserer Umwelt und auch der Tierschutz sind seit Kindheitstagen ein Herzensanliegen für mich. Ich bin seit vielen Jahren aus Überzeugung unter anderem Mitglied im NABU, dem Tierschutzbund und im Tierrefugium Hanau. Wir müssen schonend mit unseren Ressourcen umgehen, um unseren Kindern eine</p>	<p>Antwort Thorsten Stolz</p> <p>Unsere heimischen Wälder sind zum Teil in Privatbesitz, zum Teil in öffentlicher Hand und unter der Betreuung der Forstangestellten, etwa von HessenForst. Ich habe großen Respekt vor der Arbeit, die beide Seiten für den Erhalt unserer Wälder leisten, unterstützt durch viele ehrenamtliche Gruppen, die über die</p>

Wahlprüfsteine der FDP Main-Kinzig zur Landratswahl am 29. Januar 2023

<p>intakte Umwelt zu hinterlassen. Der Umwelt- und Naturschutz lebt dabei von vielen kleinen Maßnahmen, die ein großes Ganzes ergeben. Einen Fokus werde ich auf den größten CO₂-Speicher, unseren Wald, legen. Die anhaltenden Dürreperioden haben erhebliche Schäden in unseren Wäldern angerichtet. Wir müssen unsere Wälder bei der Anpassung an neue klimatische Bedingungen helfen. Daher werde ich die Kommunen bei der Transformation zu klimaresilienten Wäldern durch ein kreiseigenes Förderprogramm unterstützen. Ziel ist ein Wald der Zukunft, der</p>	<p>sensiblen Bestände aufklären und am Erhalt mitwirken. Der Main-Kinzig-Kreis unterstützt insbesondere diese ehrenamtlichen Initiativen, finanziell und durch die Netzwerkarbeit unseres Amts für Umwelt, Naturschutz und ländlicher Raum. Aber die Forstwirtschaft selbst liegt nicht in der Verantwortung des Main-Kinzig-Kreises.</p> <p>Mich treiben die geringen Niederschlagsmengen dennoch um, auch mit Blick auf die Grundwasserpegel. Mir geht es dabei auch um die Versorgungssicherheit der Bevölkerung, um den Bereich der Trinkwassergewinnung: Durch den Bau eines Oberflächenwasserwerkes im Bereich des Kinzigstausees bei Bad Soden-Salmünster werden wir ein zusätzliches Standbein aufbauen, um die Trinkwasserversorgung der Region vor dem Hintergrund des Klimawandels langfristig zu sichern und gleichzeitig die Grundwasserressourcen zu schonen. Dieses innovative Projekt wollen wir bis 2027 umsetzen.</p>
---	---

Im Main-Kinzig-Kreis gibt es zahlreiche Unternehmen mit hohen Kompetenzen in der Materialwirtschaft und Wasserstofftechnologie. Wie wollen Sie weitere Unternehmen aus diesem Bereich im Main-Kinzig-Kreis ansiedeln? Wie wollen Sie den Wirtschaftsstandort Main-Kinzig-Kreis nachhaltig stärken? In welchen Bereichen ist eine Ansiedlung von weiteren Unternehmen aus Ihrer Perspektive sinnvoll und notwendig? Und gedenken Sie die Innovationen vor Ort einzusetzen?

<p>Antwort Gabriele Stenger</p> <p>Insbesondere Hanau hat sich als Standort für Materialtechnik etabliert. Vier Hanauer Materialtechnikunternehmen gehören zu den größten 100 Unternehmen in Hessen. Solche etablierten Cluster müssen wir ausbauen und weiterentwickeln. Als Landrätin werde ich die Wirtschaftsförderung deshalb zur Chefsache machen und gemeinsam mit den Kommunen am Image des Main-Kinzig-Kreis als attraktiver Unternehmensstandort arbeiten. Es braucht mehr Wirtschaftskompetenz im Landratsamt. Wir brauchen wirtschaftliche Stärke, Dynamik und Innovationskraft. Ich werde einen Innovationspreis einführen, um die Innovationskraft unserer heimischen Unternehmen stärker in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken und neue Anreize zu schaffen.</p>	<p>Antwort Thorsten Stolz</p> <p>Ich denke, der Main-Kinzig-Kreis ist ein guter Standort für Zukunftstechnologien. Viele Weltmarktführer im Bereich der Materialwirtschaft haben hier ihren Sitz. Wir haben zudem ein sehr günstiges Gründerklima mit einer wachsenden Start-up-Szene, die wir als Kreis unterstützen und vernetzen, etwa durch Zertifizierungen und Werbung. Die neuen und die etablierten Unternehmen bringen wir durch eine rege Wirtschaftsförderung zusammen, die bei Problemen ebenso hilft wie sie inhaltliche Impulse gibt und Vernetzungstreffen anbietet. Was die Nutzung der Zukunftstechnologien angeht, sind unsere kreiseigenen Unternehmen und natürlich allen voran die Kreiswerke Main-Kinzig offen für neue Technologien, etwa beim Einsatz von alternativen Antriebsarten für ihre Linienbusse. Ansonsten gilt für die Ansiedlung neuer Unternehmen, was auch in den oberen Fragen bereits beantwortet worden ist: Entscheidend ist, gemeinsam und überregional für den Wirtschaftsstandort zu werben. Die Jahrzehnte der Kirchturmspolitik sind längst vorbei.</p>
--	---

Wahlprüfsteine der FDP Main-Kinzig zur Landratswahl am 29. Januar 2023

Stadtentwicklung

Stadtzentren und Ortskerne leiden unter der Geschäftsaufgabe von Einzelhändlern und drohen zu veröden. Welche Maßnahmen planen Sie, um diese Stadtzentren und Ortskerne wiederzubeleben?	
Antwort Gabriele Stenger	Antwort Thorsten Stolz
Hinsichtlich der Innenstadtentwicklung und der Gestaltung von Stadt- oder Ortskernen liegt die Verantwortung bei den Kommunen. Hier hat der Landkreis keine Einflussmöglichkeiten außer die Unterstützung durch Veranstaltungen.	Wir reden nicht nur von der Stärkung des ländlichen Raums, sondern wir handeln auch entsprechend. Wir haben ein kreiseigenes Förderprogramm hierfür erstellt, um insbesondere die kleineren Ortschaften im Vogelsberg, im Spessart und im Bergwinkel als Wohn- und Wirtschaftsstandorte zu fördern. Dieses Förderprogramm ist eine Erfolgsgeschichte, denn in den vergangenen fünf Jahren haben wir mehr als 200 Einzelmaßnahmen gefördert, Infrastruktur gestärkt und einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, um unsere Dörfer fit für die Zukunft zu machen.

Welche Maßnahmen planen Sie, um in den kommenden Jahren mehr bezahlbaren und energetisch zeitgemäßen Wohnraum zu schaffen?	
Antwort Gabriele Stenger	Antwort Thorsten Stolz
Zu den wichtigen Fragen der Zukunft zählt neben der Energiepreisentwicklung auch das Angebot von bezahlbarem Wohnraum. Auch hier weist der Main-Kinzig-Kreis unterschiedliche Bedarfe auf. Insbesondere in den Verdichtungsräumen steht nicht ausreichend Wohnraum zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung. Aufgrund der Bauland- und Baupreisentwicklung können bezahlbare Wohnungen nur durch staatliche Zuschüsse, für die wiederum ein 15- bis 30-jähriges Belegungsrecht erworben wird, sichergestellt werden. Insofern sollen die attraktiven Fördermöglichkeiten des Landes zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Zusammenarbeit mit privaten Bauträgern aktiviert und mobilisiert werden. Erfolgreiche Beispiele zeigen die jüngsten Projekte in Erlensee, Langenselbold und Nidderau, wo in den letzten Monaten über 100 neue Wohnungen entstanden sind, ohne dass der Main-Kinzig-Kreis sich finanziell beteiligen musste. Aus meiner Sicht ist keine eigene, neue und zusätzliche Struktur als Wohnungsbaugesellschaft notwendig. Da der Main-Kinzig-Kreis keine eigenen Wohnbauflächen hat, ist er auf die Bereitstellung von Flächen durch die Kommunen angewiesen. Ihnen	Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist eine der wichtigsten Herausforderungen in der Rhein-Main-Region und somit auch bei uns im Main-Kinzig-Kreis. In den zurückliegenden Jahren haben wir über unser Förderprogramm zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum viele kommunale Wohnbauprojekte gefördert. Alles in allem wurden durch den Main-Kinzig-Kreis bisher über 280 Wohnungen gefördert – mit einer gedeckelten Kaltmiete von 7,50 Euro je Quadratmeter. Eine Wohnung bezahlen zu können, das hat auch viel mit Daseinsvorsorge und Menschenwürde zu tun. Ich gehe deshalb mit der klaren Aussage in die Landratswahl, dass ich gemeinsam mit den Städten und Gemeinden die Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft auf den Weg bringen werde, um einen Beitrag für die Schaffung von zusätzlichem bezahlbarem Wohnraum im Main-Kinzig-Kreis zu leisten

Wahlprüfsteine der FDP Main-Kinzig zur Landratswahl am 29. Januar 2023

stehen jedoch auch die Fördermöglichkeiten des Landes zur Verfügung, wie die o.g. Beispiele zeigen. Insofern entstehen neben hohen Verwaltungs- und Personalkosten für die Ausgestaltung einer eigenen Wohnungsbaugesellschaft keine nennenswerten Kosten- und Zeitvorteile für die Umsetzung zusätzlicher Wohnraumangebote. Gerade mit Blick auf die aktuelle Preisentwicklung entstehen sogar zusätzliche Risiken für die Gesellschafter mit Blick auf die Zins- und Preisentwicklung von Baumaterialien.	
---	--

Kultur und Sport

Viele Vereine haben in der Pandemie Mitglieder und aktive Ehrenamtliche verloren. Bürokratische Belastungen behindern viele Ehrenamtliche in Vereinen und schrecken motivierte Bürger von der Vereinsarbeit ab. Wie wollen Sie dem Vereinssterben begegnen und die Vereinsarbeit im Main-Kinzig-Kreis attraktiver machen?	
Antwort Gabriele Stenger Vereinsarbeit bleibt zunächst ein Thema der Vereine selbst. Ich bin skeptisch, ob sich staatliche Institutionen zu sehr in die Vereine einmischen, Abhängigkeiten schaffen und Strukturen bestimmen sollen. Ein „Am Leben halten“ von Vereinen, denen die Mitgliedschaft und das Vereinsleben abhandengekommen sind, lehne ich ab. An der grundsätzlich kostenlosen Nutzung der kreiseigenen Sportangebote würde ich genauso festhalten wie an der aktiven Begleitung der Ehrenamtskarte und der verschiedenen Möglichkeiten der Sportförderung. Gleichzeitig will ich eine greifbare Ansprechpartnerin für die Vereine sein und Unterstützung leisten. Potential sehe ich bei der Förderung der Kultur im Main-Kinzig-Kreis durch vielfältige Maßnahmen (Stärkere Unterstützung der Musikschulen, neue Förderinstrumente in Kunst und Kultur). Förderungen müssen transparent erfolgen und für alle Beteiligten nachvollziehbar sein.	Antwort Thorsten Stolz Es besteht kein Zweifel daran, dass der Main-Kinzig-Kreis starker und verlässlicher Partner der rund 3000 Vereine, Verbände und Organisationen ist. Das wird mit mir als Landrat auch in Zukunft so bleiben. Daher setze ich mich dafür ein, dass der Main-Kinzig-Kreis weiterhin Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement unterstützt und fördert. Das fängt bei der kostenlosen Bereitstellung der kreiseigenen Sportstätten an, geht über die Ehrenamtskarten weiter bis hin zu den direkten Förderungen im sportlichen, kulturellen und sozialen Bereich sowie im Brand- und Katastrophenschutz. Unsere Ehrenamtsagentur ist in meiner Amtszeit neu ausgerichtet worden und setzt neue Schwerpunkte in der Beratung und in Informationsveranstaltungen; die Kolleginnen und Kollegen helfen aber auch konkret bei Problemen weiter. Neu eingeführt wurde bei uns auch ein Freiwilliges Soziales Schuljahr. Die jungen Ehrenamtlichen unterstützen ganz direkt in den Vereinen und Verbänden. Neben dieser direkten Unterstützung ist es mir ein wichtiges Anliegen, auch immer wieder bei Veranstaltungen unserer vielen Vereine und Organisationen persönlich vor Ort zu sein, um auch so den Dank, die Anerkennung und die Wertschätzung auszudrücken, denn ehrenamtliches Engagement hält unsere Gesellschaft zusammen. Genau diese Mutmacherinnen und Mutmacher brauchen wir in der heutigen Zeit.

Wahlprüfsteine der FDP Main-Kinzig zur Landratswahl am 29. Januar 2023

Moderne Verwaltung

Die Digitalisierung der Verwaltung kommt auch im Main-Kinzig-Kreis nur sehr schleppend voran und Prozesse sind weiterhin aufwendig und bürgerfern gestaltet. Wie wollen Sie eine moderne, digitale und bürgernahe Verwaltung im Main-Kinzig-Kreis schaffen?

Antwort Gabriele Stenger	Antwort Thorsten Stolz
<p>In der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen liegen große Möglichkeiten für die Verbesserung einer bürgernahen Verwaltung und vor allem Effizienzpotenziale. Ich möchte daher alle Möglichkeiten des Online-Zugangsgesetzes schnellstmöglich umsetzen, um die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern weitgehend auf eine digitale Ebene umzustellen.</p>	<p>Die Digitalisierungsstrategie des MKK sieht im Verwaltungsbereich vor, bis Ende 2024 Antragstellungen der meisten Verwaltungsleistungen medienbruchfrei und nutzerfreundlich zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Kreisverwaltung zur Verfügung zu stellen. Parallel dazu wird der verwaltungsweite Rollout der eAkte fortgesetzt. Für die Digitalisierung der Verwaltung stellen wir 2023 und 2024 weitere 3 Mio. Euro zur Verfügung.</p> <p>Im Bereich der Schulen wird bis Ende 2024 der Digitalpakt umgesetzt sein, was in Gänze die Bereitstellung und den Betrieb von ca. 15.000 digitalen Endpunkten (Tablets, PCs, digitale Tafeln) und die komplette Versorgung der Schulgebäude mit WLAN umfasst. Flankiert wird die Digitalisierung der Schulen durch den Aufbau eines multifunktionalen Medienzentrums, was Beispiele zum hybriden Unterricht, die Vermittlung von Medienkompetenz und beispielhafte Anwendungen von künstlicher Intelligenz und ähnlichen Einsatzszenarien für Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler zugänglich machen wird.</p> <p>Für die weitere Digitalisierung der Schulen stellen wir in den nächsten Jahren weitere rund 10 Mio. Euro zur Verfügung. Auch hier fahren wir einen klaren Kurs!</p> <p>Und um noch ein weiteres Beispiel zu nennen: Wir haben ein Fachamt gegründet, das die Digitalisierung unserer Verwaltungsarbeit zum Schwerpunkt erhebt.</p>

Wahlprüfsteine der FDP Main-Kinzig zur Landratswahl am 29. Januar 2023

Sicherheit

Durch den Personalabbau in der Hessischen Polizei ist insbesondere der östliche Main-Kinzig-Kreis durch Polizeikräfte nur unzureichend abgedeckt. Was planen Sie, um diesen Misstand zu beseitigen?

Antwort Gabriele Stenger

Ein Personalabbau bei der Hessischen Polizei hat nicht stattgefunden. Im Jahr 2025 wird der Stellenzuwachs bei der Polizei in Hessen im Vergleich zum Jahr 2014 20 Prozent betragen. Da die Polizei Aufgabe des Landes ist, plane ich in diesem Bereich nichts - mangels Zuständigkeit. Sinnvoll ist es natürlich, beim Land für eine weitere Zuweisung von Personal zu werben, wenn ich zu dem Ergebnis komme, dass mehr Personal im Osten des Main-Kinzig-Kreises tatsächlich benötigt wird. Dies darf aber nicht kampagnenartig, sondern auf der Basis von Argumenten und Fakten erfolgen. Grundsätzlich bin ich Anhängerin eines schlanken Staates, der möglichst viel persönliche Freiheit gewährleistet und nicht jedem Konflikt mit der Forderung nach mehr Geld und mehr Personal begegnet.

Antwort Thorsten Stolz

Mehr Einsatzkräfte in den Polizeidienststellen der Polizeidirektion Main-Kinzig – das ist mir ein besonders wichtiges Anliegen. Im Schulterschluss mit dem Personalrat der Polizei, der Gewerkschaft der Polizei und vielen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern kritisiere ich seit Jahren die unzureichende Personalausstattung der Polizeistationen im Main-Kinzig-Kreis. So wurden von 2.224 Anwärterinnen und Anwärtern, die in den Jahren 2019, 2020 und 2021 hessenweit ihre Ausbildung beendet haben, gerade einmal 53 in die Dienststellen im Main-Kinzig-Kreis versetzt. Das ist viel zu wenig und wird dem Main-Kinzig-Kreis als einwohnerstärkstem Landkreis in Hessen mit einer gleichzeitig hohen dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung und insgesamt viel Fläche nicht gerecht.

Und hier werde ich nicht locker lassen, um beim Land Hessen eine bessere Personalausstattung der Polizei im Main-Kinzig-Kreis einzufordern. Die Polizei muss so aufgestellt sein, dass es den Polizeistationen möglich ist, eine fünfte Dienstgruppe einzurichten. In vielen anderen hessischen Polizeipräsidien ist dies der Fall, im Main-Kinzig-Kreis ist dies aufgrund der unzureichenden Personalausstattung nicht möglich. Konkret müssen die von der Landesregierung auf den Weg gebrachten Sicherheitspakete auch in den Polizeistationen Hanau I, Hanau II, Maintal, Großauheim, Gelnhausen, Bad Orb und Schlüchtern sowie der Polizeidirektion Main-Kinzig insgesamt spürbar ankommen.

Dazu müssen in einem ersten Schritt die offenen Stellen schnellstmöglich besetzt und im nächsten die fertig ausgebildeten Polizeikräfte stärker mit einem Fokus auf den Main-Kinzig-Kreis zugeteilt werden. Unser Landkreis wächst, die Personalstärke bei der Polizei in unserem Kreisgebiet wächst aber nicht im gleichen Maße mit. Und genau das muss sich dringend ändern.

Wahlprüfsteine der FDP Main-Kinzig zur Landratswahl am 29. Januar 2023

Integration von Flüchtlingen

Die Fluchtbewegungen nach Hessen haben seit dem Krieg in der Ukraine wieder zugenommen. Die Aufnahmekapazitäten sind mittlerweile weitgehend erschöpft. Kreis und Kommunen belegen Turnhallen und touristische Unterkünfte, mieten Wohnungen, kaufen leerstehende Immobilien und schaffen mobile Lösungen. Für viele Geflüchtete sind die Notunterkünfte aber keine Zwischen-, sondern eine Endstation. Wie wollen Sie in Zukunft der erhöhten Zuweisung von Geflüchteten an den Main-Kinzig-Kreis begegnen? Was planen Sie, um den Geflüchteten ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und sie zu integrieren?

Antwort Gabriele Stenger

Der Main-Kinzig-Kreis leistet Beeindruckendes, um die Unterbringung der Geflüchteten zu gewährleisten. Eine Belegung von Turn- und Sporthallen lehne ich ab. Dies darf nur kurzfristig erfolgen. Ziel muss sein, eine Neueinstufung des Main-Kinzig-Kreises durch die Änderung der einschlägigen Unterbringungsverordnung zu erreichen. Dies kann allerdings nur im Einvernehmen der kommunalen Familie erfolgen und wird daher eine erhebliche Herausforderung. Eine erhöhte Zuweisung lässt sich nur durch eine bessere Steuerung des Zustroms der Geflüchteten und einen besseren Grenzschutz erreichen. Darauf hat eine Landrätin keinen unmittelbaren Einfluss.

Für die Integration der Geflüchteten gibt es kein Patentrezept. Es lohnt sich in jedem Fall, all jene zu identifizieren, die Qualifikationen mitbringen und diese gezielt zu fördern. Ein Beispiel ist hier die Begleitung bei der Anerkennung von Abschlüssen etwa in sozialen Berufen. Aber auch hier sind dem Wirken einer Landrätin Grenzen gesetzt. Ausreichend Personal muss in der Ausländerbehörde vorhanden sein, um die Anträge mit möglichst hoher Güte zu bearbeiten. Energie möchte ich darauf verwenden, Verbindungen zwischen den Unternehmen und Geflüchteten systematischer als bislang zu ermöglichen. Die Frage der Integration vor Ort könnte durch gezielten Erfahrungsaustausch auf der Arbeitsebene in den Kommunen unterstützt werden.

Antwort Thorsten Stolz

Ich bitte, bei den Begrifflichkeiten genau zu sein: Notunterkünfte sind die Einrichtungen, in denen die Menschen Woche für Woche erstbetreut und erstversorgt werden. Teils erreichen uns die Busse aus der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung aus Gießen erst am späten Abend. Wir müssen dann in den ersten Stunden und Tagen besondere Bedarfe prüfen, müssen teils direkte medizinische oder pflegerische Betreuung organisieren. Dafür brauchen wir Notunterkünfte, und wir sind derzeit dabei, die Turnhallen wieder zurückzubauen, weil wir Notunterkunftsplätze an anderen Stellen aufgebaut haben oder aufbauen, wo es keine anderweitigen Beeinträchtigungen gibt. Um es klar zu sagen: Notunterkünfte sind keine Endstation. Die Menschen verbleiben dort in einem Zeitraum von einigen Tagen bis wenigen Wochen. Die meisten werden spätestens nach fünf oder sechs Tagen in eine dauerhaftere Unterbringung in den Kommunen oder in eine Gemeinschaftseinrichtung des Kreises gebracht. In den Städten und Gemeinden ist die Akquise und der Aufbau von Wohnraum aber in der Tat ein echter Kraftakt. Es entstehen Container-Anlagen, es werden größere Gewerbeeinrichtungen umgewidmet. Und bei alledem darf man nicht vergessen, dass das Verwaltungsbeschäftigte neben ihren vielen anderen Tätigkeitsfeldern erledigen – großer Respekt!

Die Fluchtbewegungen des vergangenen Jahres haben es verstärkt: Wir werden nicht umhinkönnen, den sozialen Wohnungsbau wieder zu stärken. Die Menschen, die eine echte Bleibeperspektive haben, müssen schneller vom Ortsrand in Wohngebiete ziehen können. Sie müssen auch schneller auf eigenen Beinen stehen und arbeiten können. Sie müssen zügig Deutsch lernen. Hier braucht es das Zusammenspiel von Hauptamt und Ehrenamt in der Integration, die Helferkreise ebenso wie die Sportvereine. Das wird ein zweiter Kraftakt, ohne Frage. Wir werden seitens des Main-Kinzig-Kreises mit unseren Bereichen Hilfen für Migranten und mit dem Büro für interkulturelle Angelegenheiten vernetzen und ermöglichen,

Wahlprüfsteine der FDP Main-Kinzig zur Landratswahl am 29. Januar 2023

	<p>wo es geht; unser Kommunales Center für Arbeit steht in den Startlöchern und vermittelt bereits in Arbeit. Wo es bürokratische Hürden gibt, die wir nicht selbst lösen können, werden wir dies auf politischer Ebene platzieren und auf eine schnelle Lösung dringen. Alleine im vergangenen Jahr sind 9.000 Menschen bei uns im Kreisgebiet angekommen, von denen rund 7.800 bis heute hier leben. Ich will es mal im übertragenen Sinne formulieren: Wir werden für Fortschritte im echten Austausch und Verständnis füreinander nicht interkulturelle Wochen brauchen, sondern interkulturelle Jahre.</p>
--	---

Kreisfreiheit Hanau

<p>Welche Chancen und Risiken sehen Sie durch die Kreisfreiheit Hanaus für den Main-Kinzig-Kreis? Wie beurteilen Sie den Vertrag zur Kreisfreiheit zwischen dem Main-Kinzig-Kreis und der Stadt Hanau?</p>	
<p>Antwort Gabriele Stenger</p> <p>Die Weichen für Hanaus Kreisfreiheit sind gestellt. Der vorliegende Vertrag zur Kreisfreiheit berücksichtigt den Grundsatz des Landkreises, dass für die kreisangehörigen Kommunen durch den Austritt Hanaus keine finanziellen Nachteile entstehen dürfen. Insofern sehe ich in dem vorliegenden Vertragsentwurf die Interessen des Kreises verwirklicht. Auch über den Tag der Kreisfreiheit hinaus sind selbstverständlich Verbindungen zu Hanau und die Kooperationen in einzelnen Aufgabenfeldern sinnvoll. Das umfasst beispielsweise die Bildungsangebote oder auch die grenzüberschreitenden Planungen und Umsetzungen von Verkehrswegen. Grundsätzlich bedeutet der Weggang von Hanau aus dem Main-Kinzig-Kreis aber auch die Notwendigkeit, bestehende Strukturen neu zu bewerten und auf die damit reduzierte Aufgabenstellung anzupassen. Dabei muss kein Mitarbeiter Angst um seinen Arbeitsplatz haben. Generell muss sich der Wegfall von Aufgaben auch in einer reduzierten Struktur wiederfinden, was zur Senkung der Kosten und damit zur Entlastung der Kommunen bei der Kreisumlage beiträgt. Umfangreich werden die Aufgaben des KCA und der AQA von der Kreisfreiheit Hanaus betroffen sein. Auch hier müssen Strukturanpassungen erfolgen. Einerseits bestehen Möglichkeiten für die Wahrnehmung zusätzlicher Service- und Betreuungsangebote. Andererseits besteht aus meiner Sicht aber auch die Pflicht, die Gesellschaft wirtschaftlich und strukturell auf die zurückgehende Auftragsituation anzupassen.</p>	<p>Antwort Thorsten Stolz</p> <p>„Zwei starke Partner im Osten der Rhein-Main-Region“ - das ist das Motto der künftigen Zusammenarbeit zwischen dem Main-Kinzig-Kreis und der Stadt Hanau. Und auch, wenn die Weichen für eine Kreisfreiheit der Stadt Hanau ab Januar 2026 gestellt sind, so sind sich die politisch Verantwortlichen in Kreis und Stadt einig darin, dass sie bei wichtigen Themen der Regionalentwicklung weiterhin eng zusammenarbeiten und sich gemeinsam positionieren wollen. Das hat in der Vergangenheit gut funktioniert und wird in einem konstruktiven Neben- und Miteinander auch in Zukunft funktionieren. Der ausgehandelte Auskreisungsvertrag bildet dafür die Grundlage.</p>

Wahlprüfsteine der FDP Main-Kinzig zur Landratswahl am 29. Januar 2023

Welche Kooperationen halten Sie nach der Kreisfreiheit Hanau für sinnvoll? Durch den Wegfall eines großen Teils der Kunden des KCA werden zukünftig einige Angebote nicht mehr wirtschaftlich sein. Wie wollen Sie KCA und AQA in Zukunft aufstellen?

Antwort Gabriele Stenger

Antwort Thorsten Stolz

Das sind aus meiner Sicht beispielsweise eine Kooperation der beiden Schulträger Main-Kinzig-Kreis und Stadt Hanau, um die gewachsene Schul- und Bildungslandschaft weiter zu fördern. Das betrifft aber auch eine gemeinsame Haltung beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und die Forderung, dass die Polizeistationen in Stadt und Kreis personell gestärkt werden müssen. Wir wollen uns aber auch gemeinsam dafür einsetzen, dass unsere kommunalen Krankenhäuser und Kliniken finanziell besser ausgestattet werden. Und natürlich geht es bei der künftigen Zusammenarbeit auch darum, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Zudem greifen wir in einem gemeinsamen Zukunftsfonds zwei zentrale Handlungsfelder auf: Klimaschutz und den Ausbau Erneuerbarer Energien sowie die Transformation der Arbeits- und Wirtschaftswelt. Für beide Bereiche werden Hanau und der Main-Kinzig-Kreis spätestens ab 2026 pro Jahr zwei Millionen Euro bereitstellen, um Projekte, Innovationen und Initiativen in diesen Bereichen zu fördern.

Das KCA wird künftig keine Hanauer Klientinnen und Klienten betreuen, das ist richtig. Gleichwohl sind die Aufgabenumfänge für das KCA in den vergangenen Jahren gewachsen. Und die Betreuung von Leistungsempfängern in einem Landkreis mit dann immer noch weit über 320.000 Einwohnern ist zweifelsfrei weiterhin effizient möglich.

Auch die AQA bereitet sich, in Abstimmung den Vertretern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf diese neue Situation vor. Die Herausforderung begreifen wir hierbei auch als Chance, um das Angebot der AQA an den sich ständig verändernden Anforderungen des Arbeitsmarktes weiter anzupassen. Sie wird deshalb ihre Arbeit um neue zukunftsgerichtete Schwerpunkte in der berufsbezogenen Qualifizierung für Jugendliche und Erwachsene erweitern. Im Rahmen des Auskreisungsvertrages sind mit der Stadt Hanau auch verschiedene Maßnahmen vereinbart, die in der Übergangsphase nach der Auskreisung, die wirtschaftliche Stabilität der AQA sicherstellen. Die AQA wird auch nach der Auskreisung Hanaus der leistungsstarke Partner des KCA bleiben, um

Wahlprüfsteine der FDP Main-Kinzig zur Landratswahl am 29. Januar 2023

	<p>langzeitarbeitslose Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dies ist insbesondere vor dem immer weiter zunehmenden Fachkräftemangel auch im MKK von besonderer Bedeutung.</p>
--	---